

Indisch-pakistanische Beziehungen auf einem Tiefpunkt

Nach 70 Jahren Unabhängigkeit überwiegt das Misstrauen

Wolfgang Massing

Es sah nach einem Neustart in den angespannten indisch-pakistanischen Beziehungen aus, als Premierminister Modi nach seiner Wahl im Mai 2014 seinen Kollegen Nawas Sharif zu seiner Amtseinführung nach Delhi einlud. Aber nach zwei Jahren sind die Bemühungen beider Regierungen, den bilateralen Dialog wieder aufzunehmen, vor allem am Terrorismusproblem und am erneut aufbrechenden Kaschmirkonflikt gescheitert. Ebenso drifteten die außenpolitischen Orientierungen beider Länder wieder auseinander: einerseits die wachsende Anlehnung Pakistans an China, andererseits die strategische Partnerschaft Indiens mit den USA. Ebenso begrenzen die zunehmend aufgeheizte nationalistische Stimmung und die krieglerische Rhetorik in beiden Ländern den Spielraum für eine Politik gutnachbarschaftlicher Beziehungen. Ansatzpunkte für eine Wiederaufnahme des Dialogs sind derzeit nicht erkennbar.

Indien macht Pakistan für die nicht nachlassende Folge von Terroranschlägen verantwortlich. Pakistan weist das zurück. Es gibt jedoch belastbare Belege dafür, dass einflussreiche Netzwerke innerhalb des pakistanischen Militärs und des *Inter-Services Intelligence* (ISI), den Militärnachrichtendienst der pakistanischen Streitkräfte, es weiterhin zulassen, dass militante Gruppen wie *Lashkar e Taiba* (LeT) und *Jaish e Mohammed* (JeM) Anschläge in Indien durchführen. Pakistans Dilemma: Islamistische Gewaltakteure beeinträchtigen seine innenpolitische Stabilität und beschädigen sein internationales Ansehen, werden aber von den indienfeindlichen Kräften als wirksamer Hebel gegen das Nachbarland betrachtet. So wurde das in der Vergangenheit erprobte Rezept islamistischer Organisationen, durch Terroranschläge Fortschritte in den Beziehungen zu blockieren, auch nach dem Amtsantritt Modis erfolgreich angewendet.¹ Infolge der Terroranschläge verhärtete sich die indische Position. Eine Fortsetzung des Dialogs wurde von der Unterbindung der von Pakistan ausge-

henden terroristischen Gewalt abhängig gemacht. Pakistan zog sich auf seine bekannte Maximalforderung zurück: zuerst müsse das Kaschmirproblem gelöst werden.

Terrorismus, Kaschmir, militärische Optionen

So rückte der Kaschmirkonflikt wieder in das Zentrum der bilateralen Auseinandersetzung. Die Erschießung eines jungen Separatistenführers durch indische Streitkräfte im Juli 2016 war der Auslöser gewaltsamer Massenproteste, die mit brutaler Härte niedergeschlagen wurden; 100 Tote, mehr als 10.000 Verletzte, die Festnahme von über 1.000 Jugendlichen. Dabei schien sich die Lage in Kaschmir in den letzten Jahren nachhaltig verbessert zu haben. Die hohe Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 2014 galt als Beleg für die Legitimität der indischen Demokratie. Dass sich an den Nachwahlen im Wahlkreis Srinagar im April 2017 nur 7 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten, deutet auf eine tiefe Vertrauenskrise zwi-

schen der muslimischen Bevölkerung im Kaschmirtal und dem indischen Staat hin.

Seit zwei Jahren kommt es an der indisch-pakistanischen Grenze wieder zu heftigen Artillerieduellen und grenzüberschreitenden Anschlägen. Der 2003 vereinbarte Waffenstillstand an der Kontrolllinie (LOC) ist brüchig. Die BJP-Regierung steht unter Druck, mit Härte auf die Anschläge zu reagieren. So veranlasste Modi, der sich als Macher und starker Mann inszeniert, als Antwort auf den Überfall pakistanischer Terroristen auf eine indische Militärbasis in Kaschmir im September 2016 grenzüberschreitende, begrenzte Militärschläge (*surgical strikes*) indischer Spezialkräfte. Modi und seine Berater sind sich der Risiken größerer militärischer Operationen gegen Pakistan bewusst. Für diesen Fall hat Pakistan mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen gedroht. Um die konventionelle militärische Überlegenheit Indiens auszugleichen, treibt Pakistan den Ausbau seines Nukleararsenals voran. Durch die Absenkung der nuklearen Schwelle

entstehen neue Sicherheitsrisiken. Ein militärischer Konflikt könnte nuklear eskalieren.

Neue Drohkulissen

Modi drohte umgekehrt, die Wasserversorgung Pakistans zu drosseln, die durch das Indus-Wasserabkommen von 1960 sichergestellt ist. Indien, das die drei Zuflüsse des für Pakistan lebenswichtigen Stroms kontrolliert, werde mehr Wasser für den Eigengebrauch zurückhalten. Hier will die indische Seite wohl eine Drohkulisse aufbauen, wenngleich die Wasserverteilung sich in Zukunft als entscheidender Konfliktstoff herausstellen könnte. Modi baute noch eine weitere Drohkulisse auf. In seiner Rede zum 70. Jahrestag der Unabhängigkeit Indiens erwähnte er beiläufig, dass die Menschen in Belutschistan ihm dafür gedankt hätten, dass er bei der pakistanischen Regierung die dortigen Menschenrechtsverletzungen angesprochen habe. Das wurde in Indien als Paradigmenwechsel interpretiert, denn Delhi hatte es in der Vergangenheit vermieden, zur inneren Lage Pakistans Stellung zu nehmen. In Pakistan, das Indien schon seit Jahren bezichtigt, die Separatisten in Belutschistan zu unterstützen, wurden Modis Äußerungen als implizites Eingeständnis der indischen Einmischung gewertet.

Auseinanderstrebende außenpolitische Orientierungen

Pakistan sieht seine außenpolitischen Interessen durch die strategische Partnerschaft Indiens mit den USA (seit 2001) beeinträchtigt. Durch den amerikanisch-indischen Atomdeal 2006, der Indien als de facto Atommacht anerkennt, fühlt sich Pakistan gegenüber Indien diskriminiert und ausgegrenzt. Außerdem fährt Washington seine enorme militärische Unterstützung an Pakistan zurück. Zum einen wegen der stark reduzierten, eigenen militärischen Präsenz in Afghanistan, zum andern aus Verärgerung über die doppelbödiges Politik Pakistans hinsichtlich regierungsfeindlicher militanter Oppositionskräfte in Afghanistan.

Angesichts wachsender Isolierung setzt Pakistan auf den Ausbau der "All Wetter Freundschaft" mit China. China ist mittlerweile mit Abstand der wichtigste Partner Pakistans geworden. Das gilt für die militärische Unterstützung wie für Handel und Investitionen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit soll durch ein gigantisches Investitionsvorhaben einen neuen Schub bekommen: Peking will 45 Milliarden US-Dollar in den *China Pakistan Economic Corridor* (CPEC) investieren, einen Korridor für Transport und Handel, der von der Nordwestprovinz Xinjiang an den Hafen Gwadaram Indischen Ozean reichen soll. Vom CPEC erhofft sich Pakistan einen wirtschaftlichen Aufschwung, während gleichzeitig durch das weitgehend durch Kredite finanzierte Riesenprojekt Pakistan eine Schuldenfalle droht. Pakistan würde damit in wachsende politische Abhängigkeit von seinem Gläubiger geraten. Dazu bestehen besondere Sicherheitsrisiken in Belutschistan, da die dortigen Separatisten das Vorhaben bekämpfen.

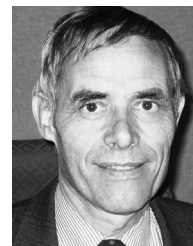
Für China ist der CPEC in erster Linie ein geostrategisches Projekt, das im Rahmen der groß angelegten Initiative zur neuen Seidenstraße Chinas Handelswege sowie seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss nach Westen sichern soll. Indien fürchtet die strategischen Folgen der Expansion und sieht sich von China eingekreist. Gegen den Wirtschaftskorridor hat Indien förmlich protestiert, weil dieser durch Gilgit und Baltistan führt, nach indischer Auffassung ein illegal von Pakistan besetzter Teil Kaschmirs. Da Pakistan auf die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China setzt, entfällt ein wesentlicher Anreiz, die indisch-pakistanischen Beziehungen durch den Ausbau des Handels zu verbessern.²

Aussichten

In beiden Ländern bestimmen derzeit die Hardliner den Kurs gegenüber dem Nachbarland. In Pakistan behält die Armee maßgebenden Einfluss auf die Beziehungen zu Indien. Zur Aufrechterhaltung ihrer innenpolitischen Machtstellung ist sie an einem Abbau der Spannungen

nicht interessiert. Auf der indischen Seite verschärfen die antimuslimische Rhetorik und der diskriminierende Umgang der regierenden BJP mit der muslimischen Minderheit das Misstrauen. Das ist keine gute Ausgangslage, um die tief gestörten Beziehungen nachhaltig zu verbessern. Auf beiden Seiten scheint derzeit auch die Bereitschaft zu fehlen. Eine erneute militärische Konfrontation beider Atomkräfte kann künftig nicht ausgeschlossen werden, sollte es zum Beispiel zu einem größeren Terroranschlag in Indien kommen; wie seinerzeit in Mumbai. Das feindliche Verhältnis der beiden Nachfolgestaaten Britisch-Indiens bleibt auch nach 70 Jahren eines der dauerhaftesten und gefährlichsten Konflikte auf der Agenda der Weltpolitik.

Zum Autor



Wolfgang Massing arbeitete im Auswärtigen Amt, unter anderem von 1986-1989 als Pressereferent an der Botschaft Neu-Delhi und von 1996 bis 2000 als Leiter des Südasienreferats. Nach seinem Ruhestand war er als Lehrbeauftragter für den Fachbereich Südasien von 2007-2009 an der Uni Freiburg und seit 2009 an der Uni Bonn tätig. Seit 2008 gehört er außerdem dem Vorstand der Andheri Hilfe an.

Endnoten

¹ Im Mai 2014, kurz nach der Einladung Sharifs verübte LeT einen Anschlag auf das indische Konsulat in Herat. Im Juli 2015, als die beiden Staatssekretäre die Wiederaufnahme des Dialogs ankündigten, wurde eine Polizeistation im Punjab überfallen und im Januar 2016, kurz nach dem spektakulären Überraschungsbesuch Modis bei Nawas Sharif in Lahore, wurden die indische Luftwaffenbasis in Pathankot und das indische Konsulat in Mazar-e-Sharif angegriffen.

² In der Annäherungsphase beider Staaten nach 2004 wurde dem Ausbau des Handels eine zentrale Rolle zur Normalisierung der Beziehungen eingeräumt. Indien hatte bereits 1996 Pakistan die Meistbegünstigungsklausel gewährt, Pakistan hat seine entsprechende Zusicherung bis heute nicht eingelöst.